Ihr Gesprächspartner/-innen:

Andreas Stangl	Präsident der AK Oberösterreich
Mag.[a] Dagmar Andree	Leiterin der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der AK OÖ

AK-Analyse des Programms der OÖ. Landesregierung

Viele Ankündigungen, wenig Konkretes und große Lücken

Online- Pressekonferenz

Montag, 13. Dezember 2021, 10 Uhr

Schon vor der Landtagswahl hatte die AK Forderungen an die Landespolitik formuliert, jetzt hat sie einen analytischen Blick auf das Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ Koalition geworfen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Es gibt zahlreiche unkonkrete Ankündigungen und große Lücken. Im Folgenden nimmt die AK OÖ zu einigen ausgewählten Themen Stellung, die ihr aus Perspektive der oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen besonders wichtig erscheinen.

Zukunftsinvestitionen in einen leistungsfähigen Staat

Die Milliardenhilfen der EU und des Staates, das schnelle Eingreifen der österreichischen Sozialpartner (Stichwort: Kurzarbeit) und die Leistungen des Sozialstaates, allen voran das Arbeitslosengeld, haben einen nachhaltigen Absturz der wirtschaftlichen Aktivität verhindert. Von diesen Hilfen hat Oberösterreich überproportional profitiert.

Das Programm der Landesregierung sieht eine Rückkehr zu einer niedrigeren Verschuldung sowie die Fortführung der gesetzlich verankerten Schuldenbremse vor. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Auswirkungen keineswegs überstanden sind.

- Oberösterreich braucht jetzt keine dogmatischen Nulldefizit-Politik, sondern massive Zukunftsinvestitionen, um die demografischen, klimatischen und technologischen Herausforderungen zu bewältigen und den Wohlstand unseres Bundeslandes und seiner Arbeitnehmer/-innen zu sichern.
- Und wir brauchen wirksame und nachhaltige Schritte um diesen Wohlstand, insbesondere die Einkommen und Vermögen, gerechter zu verteilen.

Eine moderne, umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft

Die Landesregierung will „Forschung und Entwicklung im Mobilitätsbereich (forcieren) mit dem Ziel, umweltfreundliche Fahrzeuge in Oberösterreich herzustellen.“ Das kann nur gemeinsam mit Arbeitnehmer/-innen gelingen.

- Der wiederholten Ankündigungspolitik, sich des Umbaus der Industrie in Richtung einer CO2-Armen Produktion anzunehmen, müssen endlich Taten folgen.

- Die Landesregierung muss Maßnahmen für einen sozial-gerechten Klimaschutz setzen. Dazu braucht es eine Industriestrategie, die Infrastruktur, Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik in einem Zukunftskonzept vereint. Politik, Arbeitnehmer- und Unternehmensvertretung, Ökonom/-innen und weitere Expert/-innen sollen die Strategie und die konkreten Maßnahmen dazu gemeinsam erarbeiten.
- An einzelne Unternehmen oder Sektoren fließen hohe öffentliche Förderungen. Diese müssen mit Auflagen zur Standort- und Beschäftigungssicherung und zur Mitsprache der Beschäftigten verknüpft werden. Große öffentliche Förderungen müssen mit Unternehmens- bzw. Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand abgesichert werden.
- Der öffentliche Verkehr und erneuerbare Energie müssen durch die öffentliche Hand ausgebaut werden. Klimafreundliche Mobilität und Energie müssen ausreichend zur Verfügung stehen und dürfen nicht der Profitmaximierung unterliegen.
- Im Gründungsprozess der geplanten neuen Technischen Universität Oberösterreich muss es mehr Transparenz und die Einbindung von Arbeitnehmervertretungen geben. Die Arbeiterkammer setzt sich für deren Ansiedlung in Linz ein. Den ausufernden Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen muss im Interesse der Beschäftigten in Wissenschaft und Forschung in einem neuen OÖ-Universitätsgesetz Einhalt geboten und die universitäre Mitbestimmung gestärkt werden.

Zukunftsfitte Arbeitsmarktpolitik

Klimawandel, Digitalisierung und der anhaltende Strukturwandel fordern Betriebe, Beschäftigten und auch Arbeitssuchende ständig neu heraus. Daher braucht es eine Qualifizierungsoffensive in Oberösterreich. Um den künftigen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften abdecken zu können, ist ein Paradigmenwechsel beim Vermitteln der Arbeitsuchenden durch das AMS Oberösterreich nötig. Nicht Vermittlung um jeden Preis, sondern das Berücksichtigen von Kompetenzen, Interessen und persönlichen Umständen – wie gesundheitlichen Einschränkungen, Betreuungspflichten usw. – sind der Schlüssel zu stabilen Beschäftigungsverhältnissen.

Das Forum für aktive Arbeitsmarktpolitik, in dem das Land, das AMS und die Partnerorganisationen vom Pakt für Arbeit und Qualifizierung zusammenarbeiten,

muss eine solche zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik entwickeln. Ziel muss es sein, Arbeitssuchende für einen sich verändernden Arbeitsmarkt zu qualifizieren und Beschäftigte in ihrer Weiterbildung zu unterstützen. Zu viele Oberösterreicher/-innen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, daher braucht es Maßnahmen um das Nachholen von Lehrabschlüssen zu erleichtern.

- Die AK OÖ fordert daher eine Rücknahme der Kürzungen beim allgemeinen Fördersatz des OÖ. Bildungskontos. Seit 2015 wurde er von 50 auf 30 Prozent reduziert. Beim erhöhten Fördersatz für Personen mit maximal Pflichtschulabschluss und für Wiedereinsteiger/-innen muss der Förderanteils des Landes von 60 auf die ursprünglichen 70 Prozent der Kurskosten erhöht werden.
- Förderungen für Ausbildungen für Sozial- und Gesundheitsberufe müssen auf das Niveau der digitalen Ausbildungen, das sind 4.000 Euro, angehoben werden.
- Das Nachholen eines Lehrabschlusses sollte zu 100 Prozent gefördert werden.
- Der seit dem Sommersemester 2018 durch das Land eingeführte Studienbeitrag an Oberösterreichs Fachhochschulen muss zurückgenommen werden.

Jugendliche ohne Ausbildung und Langzeitarbeitslose nicht zurücklassen

Keine Erwähnung findet im Regierungsprogramm, dass in Oberösterreich jährlich rund 3.153 Jugendliche vorzeitig aus dem formellen Bildungssystem herausfallen. Mehr als 40 Prozent davon (1296) sind junge Schulaussteiger/-innen, die nach der 9. Schulstufe oder schon zuvor die Schule verlassen. Weit über 40 Prozent (1362) brechen eine Lehre ab bzw. beendeten sie ohne Abschlusserfolg. Der „Rest“ (495) bricht eine weiterführende Schule nach der 10. Schulstufe ab! Der frühe Ausbildungsabbruch (max. Pflichtschulabschluss) umfasst ca. 14 Prozent (rund 12.000 junge Erwachsene) der 20- bis 24-jährigen Oberösterreicher/-innen.

Erste Befunde des Instituts für Höhere Studien deuten darauf hin, dass es im Zuge der COVID-Pandemie noch deutlich mehr werden. Aufgrund der Konjunkturabhängigkeit der Lehrstellenangebots und stark selektiver Auswahlpraktiken von Lehrbetrieben braucht es eine umfassende Offensive, die allen Jugendlichen und jungen

Erwachsenen Chancen eröffnet -von einer Berufsorientierung, die alle erreicht, über psychosozialen Angebote und Stabilisierungsprojekte bis zu Möglichkeiten für jede und jeden, einen Berufsabschluss zu erlangen. Bereits im Jahr 2009 wurde im „Pakt für Arbeit und Qualifizierung" das Ziel verankert, in Oberösterreich den Anteil der 20- bis 24 -Jährigen ohne Ausbildung auf unter zehn Prozent zu senken. Bis heute hat das Land dieses Ziel nicht erreicht. Nach wie vor liegen wir bei rund 14 Prozent (rund 12.000) die lediglich maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen.

Für eine Ausbildungsoffensive stellt die AK OÖ 2022 fünf Millionen Euro zur Verfügung und wird dazu Gespräche mit möglichen Partnern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Neben jungen Menschen brauchen auch Langzeitbeschäftigungslose deutlich mehr Unterstützung. Waren im Oktober 2008 noch 1.100 Menschen in Oberösterreich langzeitbeschäftigungslos, sind es jetzt fast 10.000. Dabei zeigt gerade die Corona-Krise, dass es in Oberösterreich in vielen gesellschaftlichen Bereichen enormen Personalbedarf gibt.

Die AK OÖ fordert daher:

- Vielfältige Unterstützungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die Schwierigkeiten beim nachhaltigen Einstieg ins Berufsleben mit einem Berufsabschluss haben.
- eine Qualifizierungsoffensive in OÖ. Das Land soll im Rahmen des Paktes für Arbeit und Qualifizierung das Budget für Weiterbildungen und Qualifizierungen massiv aufstocken.
- Eine Änderung der Rahmenbedingen beim Beschäftigungsprogramm Job-Restart. Denn die derzeitigen Regelungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind zu bürokratisch und verfehlen mangels Praxistauglichkeit ihr Ziel. Die Ausweitung der Fördermöglichkeiten für Arbeitgeber auf gemeinnützige Einrichtungen, Gemeinden und Sozialhilfeverbände ist unabdingbar, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Langzeitbeschäftigungslosenmüssen begleitet und mit möglichen Beschäftigerbetrieben zusammengebracht werden. Es müssen mindesten 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitbeschäftigungslose geschaffen werden.

Die beste Schule für alle braucht mehr Ganztagsbetreuung, Förderung und Unterstützung

Derzeit gibt es nur für etwas mehr als 17 Prozent (20.879 der Schüler/-innen) von der Vorschule bis zur 8. Schulstufe einen Platz in einer ganztägigen Schule entweder mit Nachmittagsbetreuung oder verschränktem Unterricht. Inklusive Hortplätzen sind es rund 30 Prozent. Laut Bildungsinvestitionsgesetz sollten es aber bis 2022 40 Prozent sein. Hinzu kommt, dass ab dem Schuljahr 2022/23 nur mehr ein Teil der bestehenden Plätze der schulischen Nachmittagsbetreuung bzw. der echten Ganztagesplätze über Bundesmittel gefördert wird und dieser Förderbetrag nur noch 70 Prozent der Kosten beträgt. Zahlt das Land nicht mit, sind weitere finanzielle Belastungen von Gemeinden und Eltern sowie Einschränkungen des Angebotes absehbar.

- Die Landesregierung soll sich klar zur Ganztagsschule bekennen, insbesondere auch zu einer gut finanzierten, verschränkten Form mit abwechselnden Unterrichts-, Freizeit-, Lern- und Bewegungsphasen. Die soll sie eine Informations- und Aufklärungskampagne für Eltern und Gemeinden starten und ein Angebot für alle Kinder sicherstellen.
- Das Land muss die Sprachförderung ab dem Kindergarten intensivieren.
- Zur Bekämpfung der Defizite aufgrund der Corona-Lockdowns und des frühen Ausbildungsabbruchs braucht es mehr Personal für Unterricht (z.B. für Teamteaching in Volksschulen), Unterstützung, Schulsozialarbeit, sozialpädagogische Jugendarbeit und psychosoziale Betreuung.
- Der Schulbesuch darf keine Entscheidung zwischen Bildung und Gesundheitsrisiko sein. Hier muss die Landesregierung endlich aktiv werden. Die AK OÖ fordert Luftfilter in allen Klassen, ein verlässliches Testangebot sowie eine sachliche Aufklärungskampagne über die Impfung von Kindern und Jugendlichen samt einem ausreichenden Angebot.

Qualitätsvolle frühe Kinderbildung braucht viel mehr als Bauinvestitionen

Die Regierung fokussiert in der Kinderbildung und -betreuung lediglich auf bauliche Maßnahmen und Infrastruktur. „Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, soll diesen bekommen“ steht zwar im Programm – das reicht aber bei weitem nicht.

Die Plätze müssen auch zu den flexiblen Arbeitszeiten der Eltern passen und vollzeittauglich sein. Davon ist Oberösterreich Lichtjahre entfernt. Nur 4,6 Prozent der Unter-Dreijährigen (Ö: 17,7 Prozent) und 23,6 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen (Ö: 48,0 Prozent) haben in OÖ einen vollzeittauglichen Betreuungsplatz.

Die AK fordert daher

- einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen vollzeittauglichen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I. Dazu ist eine verpflichtende, zeitgerechte und professionelle Bedarfserhebung auf Landes- und Gemeindeebene nötig.
- die Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung
- ein verpflichtendes zweites und kostenloses Kindergartenjahr
- eine Investitions-, Ausbildungs- und Personaloffensive zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pädagogen/-innen: kleinere Gruppen, Neuberechnung des Betreuungsschlüssels, höhere Einkommen, Ausbau und Attraktivierung der Ausbildungsstandorte.

„Starke Frauen – starkes Land" statt viel Lärm um nichts

„In Oberösterreich bestimmt nicht das Geschlecht, was erreichbar ist", meint die Landesregierung im Programm. Die Zahlen zeigen Gegenteiliges: 2019 war in Oberösterreich der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern (Voll- und Teilzeit) mit 36,2 Prozent die zweitgrößte im Bundesländervergleich.

Die Landesregierung wünscht sich gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist längst im Gleichbehandlungsgesetz geregelt! Genau deshalb heißt die langjährige AK-Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit"! Die Betonung liegt auf gleichwertig!

Die Geringschätzung von Frauenanliegen zeigt die Landesregierung auch mit der Abschaffung des Ausschusses für Frauenangelegenheiten. Diese werden in Zukunft im Ausschuss für Gesellschaft „mitbearbeitet".

- Damit berufstätiger Frauen der Teilzeit-Falle entkommen und existenzsichernde Pensionen erhalten, braucht es einen massiven qualitätsvollen und

vollzeittauglichen Ausbau institutioneller sozialen Dienstleistungen, von der Kinderbetreuung bis zur Pflege.

- In Branchen, in denen mehrheitlich Frauen zu schlechten Bedingungen arbeiten müssen und die in die Zuständigkeit des Landes fallen, müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden, z.B. in Krabbelstuben, Kindergärten, Horten, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen.
- Das Land sollte die AK-Forderung nach eine umfassende Lohntransparenz in allen Betrieben unterstützen. Stattdessen wird sie von der ÖVP auf Bundes- und auf Landesebene geschlossen abgelehnt.

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur: klare Prioritäten statt unrealistischer Versprechen

Das Kapitel „Leistungsfähige Infrastruktur für ein leistungsstarkes Land" enthält fast ausschließlich vollmundige, aber vage Versprechen zu Verkehrsprojekten ohne nachvollziehbare Prioritäten. Eine Umsetzung all dieser Projekte innerhalb der nächsten Jahre ist daher völlig unrealistisch, z.B. die „umfassenden Weiterführung des Stadtbahnprojektes in seiner gesamten Ausprägung".

Die Arbeiterkammer weiß, was im Bereich Verkehr und berufliche Mobilität im Interesse der Arbeitnehmer/-innen besonders wichtig ist:

- Das Land muss sich beim weiteren Ausbau des S-Bahn-Systems finanziell großzügig beteiligen. Ziel muss ein Halbstundentakt auf allen Schienenachsen nach Linz sein. Eine enge Kooperation mit den Linz-Linien muss die Qualität der Anbindung der Linzer Industriezone, in der sich viele tausend Arbeitsplätze auf engem Raum befinden sicherstellen und optimieren.
- Park-and-Ride-Anlagen, die den Umstieg auf die Hauptlinien von Bus und Bahn erleichtern, sowie sichere Radwege abseits der Hauptstraßen müssen massiv ausgebaut werden.
- Das öffentliche Verkehrsangebot muss vor allem auch in jenen ländlichen und peripheren Regionen verbessert werden, die diesbezüglich bislang vernachlässigt wurden.

Leistbares und nachhaltiges Wohnen erfordert eine andere Politik

Obwohl die Wohnkosten gerade durch die Decke schießen, gibt es dazu kaum Neues im Regierungsprogramm. Zwar findet sich der Punkt „Kostentreiber verhindern“, jedoch fehlt jede Form der Konkretisierung. Positiv sind die Anpassung der zu niedrigen Einkommensgrenzen für den Zugang zur Wohnbauförderung, die Überprüfung bautechnischer Vorschriften auf ihre Kosten-Nutzten-Relation und die Beibehaltung des Prinzips der Annuitätenglättung in der Wohnbauförderung.

Die Prüfung einer Photovoltaikpflicht bei Neubauten sieht die AK zwar positiv, die Kosten-Nutzen-Relation ist jedoch im Einzelfall zu hinterfragen. Gänzlich fehlt eine Strategie, den bis 2035 verpflichtenden Austausch fossiler Heizanlagen sozial gerecht und leistbar zu gestalten. Die derzeitigen Förderungen sind für Bezieher kleiner Einkommen zu niedrig, um eine derartige Investition zu stemmen.

Die AK fordert

- eine Wohnbauoffensive des Landes zur Stärkung des Neubaus von sozialen Wohnungen
- eine Erweiterung des Bezieherkreises der Wohnbeihilfe, leichter verständliche, mehrsprachige Informationen sowie eine Vereinfachung der Antragstellung.
- einen Wohnbonus von 800 Euro pro Jahr als Steuerabsetzbetrag für Investitions- und Erhaltungskosten beim Wohnen, der auch als Negativsteuer anrechenbar ist.
- Maßnahmen gegen Energie-Armut. Eine 15-prozentige Erhöhung des Heizkostenzuschusses ist zu wenig.
- ein politisches Vorgehen gegen preistreibende Spekulationen mit Wohnraum, Grund und Boden, etwa die Einführung einer Leerstandsabgabe.

Gesundheit hat Vorrang – auch für die Beschäftigten!

Die dringend nötige spürbare Entlastung und Attraktivierung aller Gesundheitsberufe durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist im Regierungsprogramm kein Thema. Sämtliche Angebote der AK OÖ eine gemeinsame Strategiegruppe zu gründen, wurden bisher abgelehnt. Selbst im kurzen Corona-Kapitel ist keine Einbindung der Arbeitnehmer-Vertretungen vorgesehen und die Arbeitsbelastung

durch Covid-19 kein Thema. Krisenfeste Pandemiepläne und Überlegungen zur Steigerung der Kompetenzen der Beschäftigten im Intensivbereich sucht man vergeblich.

- Die AK OÖ fordert daher erneut die sofortige Entlastung der Beschäftigten in oberösterreichischen Krankenhäusern durch mehr Personal in Unterstützungsberufen und zusätzliche Dienststellen in allen Bereichen.
- Das Personal muss so rasch wie möglich um 20 Prozent aufgestockt werden, verteilt über alle Berufsgruppen, das entspricht rund 2.500 Dienstposten. Zusätzlich brauchen die oberösterreichischen Krankenhäuser bis 2030 6.000 Pflegekräfte mehr, um bevorstehende Pensionierungen und demographische Entwicklungen zu meistern. Basis für die Dienstpostenberechnung muss ein zeitgemäßes Personalbedarfsmodell für alle Berufsgruppen sein.
- Die Covid-Prämie muss auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden.

Pflege – ein Dank alleine reicht nicht!

Ist bei den Angeboten, die den Einstieg in Pflegeberufe erleichtern sollen, im Regierungsprogramm noch ein Bemühen erkennbar, so gehen die vorgeschlagenen Entlastungsmaßnahmenan den Bedürfnissen der Beschäftigten vorbei.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher

- den sofortigen Einsatz von Unterstützungskräften inkl. Kostenübernahme durch das Land.
- eine flächendeckende einheitliche Pflegedokumentation in allen Heimen.
- den Ausbau sämtlicher institutioneller Angebote der Langzeitpflege.
- die Überarbeitung des Mindestpflegepersonalschlüssels und der Normkosten für die Mobilen Dienste sowie eine massive Personalaufstockung. 20 Prozent mehr Personal bedeuteten in der Pflege rund 1.500 Dienstposten zusätzlich zu den vom im Sozialressort als Bedarf errechneten 1.600.
- eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für alle Bereiche der Gesundheit und Pflege, die auch einen echten und leistbaren Umstieg aus anderen Branchen ermöglicht.
- Keine Einführung der „Pflegelehre“. Statt junge Interessenten/-innen an Pflegeberufen zu überfordern, sollte sich die Landesregierung auf Um-, und

Wiedereinsteiger/-innen konzentrieren und diese schon während der Ausbildung finanziell absichern.

Sozialhilfe verbessern und Armut bekämpfen – und zwar sofort!

Bereits vor Ausbruch der Pandemie waren rund elf Prozent der oberösterreichischen Bevölkerung bzw. 156.000 Personen armutsgefährdet, darunter 40.000 Kinder und Jugendliche. Die aktuellen Verschärfungen im Bereich der Sozialhilfe in Oberösterreich verschlechtern die Situation dieser Menschen noch weiter.

- Die AK fordert eine einheitliche Sozialhilfe, die ein stabilen, armutsfesten Sicherungsnetz sein muss. Wohnbeihilfe und Pflegegeld dürfen darauf nicht angerechnet werden. Und es muss ein spürbarer Freibetrag für kleine Einkommen geschaffen werden, zum Beispiel die Möglichkeit der Auszahlung eines Taschengeldes in sozialen Einrichtungen.

Armutsfeste Leistungen für Kinder müssen sowohl im Grundsatzgesetz, als auch auf Landesebene verankert werden. Jedes Kind ist gleich viel wert. Es muss daher ein einheitlicher Richtsatz von 25 Prozent pro Kind gelten.